



**Altersarmut
zurückdrängen!**

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

Alle Menschen haben ein sorgenfreies Leben im Alter verdient. **Soziale Sicherheit bedeutet mehr als Nahrung oder Kleidung:** Sie bedeutet, am Leben teilhaben zu können, anstatt ins gesellschaftliche Abseits gedrängt zu werden. Immer mehr Menschen in Sachsen droht jedoch ein sorgenvoller »Ruhestand«, in dem sie sich bis zum Sterbebett täglich fragen müssen: **Reicht das Geld?**

Im Freistaat gibt es über eine Million Altersrentnerinnen und Altersrentner. Viele kommen schon heute nicht oder kaum über die Runden. Besserung ist nicht in Sicht:

Das Rentenniveau sinkt seit Jahren. Lag es zu Zeiten der Kohl-Regierung noch bei durchschnittlich 53 Prozent des letzten Durchschnitts aller Arbeitseinkommen, soll es bis 2029 auf 43 Prozent sinken. Gegenwärtig liegt es schon bei nur noch 48 Prozent.

In Sachsen erhalten Männer schon heute durchschnittlich nur noch eine Rente von 1.252 Euro, Frauen gar nur 979 Euro und damit ein Viertel weniger als die Männer. Die Zahl der Grundsicherungsbeziehenden hat sich seit 2003 verdoppelt. Auch Erwerbsminderungsrenten liegen in der Regel unter der Armutsgrenze. Rentenerhöhungen sind zwar erfreulich – die Lage von Altersarmen lindern sie aber kaum, und die Rentenbesteuerung setzt bei einer viel zu geringen Rentenhöhe an. Immer mehr Menschen sind gezwungen, im Alter zu arbeiten.

Vor allem Langzeitarbeitslose in Hartz IV-Bezug werden massenhaft mit Abschlägen zwangsverrentet. Insbesondere für sie ist Altersarmut vorprogrammiert. Doch auch **alle anderen leiden unter der Erhöhung des Renteneintrittsalters.**

Tausende Menschen müssen dennoch vorzeitig in Rente gehen, vor allem aus gesundheitlichen Gründen. Sie müssen teils empfindliche Einbußen hinnehmen. Auch lückenhafte Erwerbsbiografien und geringe Löhne verschärfen die Altersarmut weiter.

Was tun? Die gesetzliche Rentenversicherung stärken! Schon oft wurde ihr Ende vorausgesagt, weil es wegen des demografischen Wandels zu wenige Beitragszahlerinnen und Beitragszahler gebe. Diese Argumentation ignoriert mindestens die Entwicklung der Produktivität: Aufgrund des technologischen Fortschritts können immer weniger Menschen in kürzerer Zeit größere Werte erarbeiten. Dennoch stimmt auch die CDU-geführte Staatsregierung das Loblied auf private Vorsorge an – wer sie sich nicht leisten könne, dem müsse eben die Grundsicherung reichen. Eine Altersvorsorge nach dem Kapitaldeckungsprinzip ist aber nur für Banken und Versicherungen eine Profitquelle.

Die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung lassen sich lösen, ohne das Renteneintrittsalter zu erhöhen. **Es müssen einfach alle Einkommensbezieher*innen einzahlen** – auch Freiberufler, Selbstständige, Abgeordnete oder Beamte. Wer mehr als 6.900 Euro (West) bzw. 6.450 Euro brutto im Monat (Ost) verdient, soll Rentenbeiträge auf das gesamte Einkommen entrichten, also nicht mehr durch eine »Beitragsbemessungsgrenze« geschont werden. Für Spitzenverdiener*innen muss die Rentenhöhe gedeckelt werden. Außerdem müssen soziale Lebensleistungen wie Kindererziehung und Pfl egetätigkeit stärker berücksichtigt werden.

So lässt sich die gesetzliche Rente retten und eine armutsfeste Mindestrente schaffen. Auch **die Renteneinheit muss endlich her:** Wir wollen den Rentenwert Ost ohne weiteren Verzug auf das West-Niveau erhöhen, die Mehrkosten aus Steuermitteln finanzieren. Ostdeutsche Einkommen sollen hochgewertet bleiben, solange sie systematisch niedriger sind als im Westen. Nicht zuletzt muss der Mindestlohn auf 13 Euro angehoben werden, damit er vor Altersarmut schützt.

*Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden,
Telefon: 0351 493-5800, Fax: 0351 493-5460
V.i.S.d.P.: Kevin Reißig, Stand: Juli 2020
linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de*